

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 23.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 193.

Montag-Ausgabe.
Montag, 15. Januar 1900.
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 155.

Montag-Ausgabe.
Montag, 15. Januar 1900.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon Nr. 251.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Januar.

Der Kaiser machte Sonnabend Morgen den gewünschten Spaziergang im Tiergarten, hatte darauf eine Besprechung mit dem Staatssekretär Grafen von Bülow und hörte, ins Schloß zurückgekehrt, die Vorträge des Chefs des Generalstabes und des Militärkabinetts. Am 12. Uhr empfing er den zum Generalstab ernannten Herrn von Kiderlen-Schetter. Am 2. Uhr nahm der Kaiser aus dem Händen des Oberreichs-Militärattachés Majors Grafen Eitings die überreichlichen Militär-Schmuckstücke entgegen. Um 3 Uhr fand im Weißen Saal des königlichen Schloßes die Vorstellung der in diesem Frühjahr aus dem Kadettenkorps auszuweisenden Kadetten statt.

Ein Agrarier-Volk erfüllt aus Trieb, der dortige deutsche Generaloffizier, Dr. Stannus, habe eine amtliche Verlesung erlassen, daß der deutsche Kaiser nach der italienischen Reise die da in Italienischen Städten besuchen werde. Die Stannus verlesung des Generaloffiziers, daß der Kaiser sich in erolte und Aquila aufhalten werde. — Wir haben bereits mitgeteilt, daß an mangelnder Stelle in Berlin bisher nicht einmal eines von einer Italienreise des Kaisers, geschweige denn von einem Besuche in Italien bekannt ist. Es sind alle diese Gerüchte missige Schöpfung.

Der Kaiser hat an den Berliner Magistrat auf dessen Neujahrsgeländewünsche ein äußerst gnädig-herliches Antwortschreiben ergehen lassen.

Die Kaiserin hat dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in Potsdam auf die Neujahrsgeländewünsche ein Dankschreiben überlassen, das in sehr herzlichen Tönen gehalten ist und der Freude der Kaiserin Ausdruck gibt, daß Magistrat und Stadtverordneten mit der sorgfältigen Erhaltung und Verweltlichung der städtischen Angelegenheiten stets auch mit Eifer und Hand trotz geringer Mittel die Förderung aller friedlichen und geistigen Interessen der Bevölkerung zu verbinden gesucht haben.

Der Herzogin Friedrich von Schleswig-Holstein (die Mutter der Kaiserin) ist an einer reichlichen Krankheitsgenüßung erkrankt, die vornehmlich einige Wochen Betruhe notwendig macht. Der Bericht am Sonnabend lautet: „Durch Funktion eines Gichtleidens in der Hüfte herbeigeführt. Befinden sonst unbeeinträchtigt.“ Gelingen würde folgendes Vorkommnis ausgehen: „Die Nacht war ruhiger, etwas Schlaf, auch Atemnot geringer. Kein Fieber.“

Auf das bei dem Festessen der Generalversammlung des deutschen Flottenvereins im Kaiserhof am 11. Januar d. J. an den Kaiser abgegebene Telegramm traf folgende Antwort aus dem Kabinett des Kaisers beim Fürsten zu Weich:

„Ich habe Mich über den Subjugationsbericht der Generalversammlung des deutschen Flottenvereins sehr gefreut und danke herzlich für das Wohlwollen treuer Mitarbeiter an der wichtigen nationalen Aufgabe, unter Hilfe in einer dem deutschen Vaterland und den deutschen Interessen entsprechenden Weise auszuführen. Den patriotischen Bestrebungen des Flottenvereins, das Verhältnis für die dringende Noth vorzubereiten, ist eine solche Verklärung unterer Flotte in allen Schichten des deutschen Volkes zu werden und zu fördern, wünsche ich auch ferner einen reichlichen Erfolg.“

Der angelegte Dörfchenrat hat, wie die „Arzt.“ meldet, folgendes verfügt: „Am 21. Januar 1900 werden 100 Jahre seit der Geburt des Begründers der Dörfchenrat, D. Theodor Dörfchen, des Erneuerers der arbeitslosen Dörfchen, verstorben sein. Da der Geburtstag auf einen Sonntag fällt, bietet sich den Dörfchenrat Gelegenheit, in der Dörfchenrat Dörfchenrat und der hohen Bedeutung der Dörfchenrat für unsere Gemeinden zu gedenken, diese zu osweltlicher Teilnahme an dem Werke erneut anzuregen und insbesondere für den Eintritt geeigneter Jungmänner in den Dörfchenrat in angemessener Weise zu werden.“

Der Oberbürgermeister hatte für den gestrigen Sonntag die Ausschüsse der neun älteren Provinzen angeordnet, anzuordnen, daß in den Kirchen ihres Amtsbezirks die bisher abgehaltene Festschritte für die Prinzipien der nächsten Sonntag durch die herkömmliche Dankgattung ersetzt werde.

Der Beamten-Maßregelung. Alle wegen ihrer Anwaltschaften gegen die Anwaltschaften zu Disposition gestellten politischen Beamten sollen nach dem Organ des Bundes der Landwirte möglichst bald wieder angestellt werden. Das Blatt schreibt:

„In dem Stellen der höheren Verwaltungsbeamten soll demnach ein größerer Wechsel stattfinden. Dieser Wechsel hängt einerseits damit zusammen, daß man beachtet, die Aufgabe der Beamten gegen die Anwaltschaften zu Disposition gestellten politischen Beamten möglichst bald wieder auszufüllen, andererseits damit, daß bekanntlich in dem neuen Etat eine ziemlich Zahl neuer Regierungsratsstellen ausgeworfen ist. Außerdem gedenken einige höhere Beamte, zu beispielsweise der Vizepräsident von Potsdam, in den Ruhestand zu treten.“

Die Wiederanstellung aller bis jetzt in Disposition gestellten Beamten würde eine mit Genehmigung zu begründende, weise Maßregel unserer Staatsregierung sein.

Die durch den Austritt des Freiherrn v. Zedlitz freigebliebene Präsidentenstelle bei der Technischen Hochschule ist noch nicht besetzt; die Entscheidung steht jedoch unmittelbar bevor. Wie die „Staatsbürger-Ztg.“ hört, kommt bei der Besetzung der Stelle von den bisher genannten Kandidaten Niemand in Frage.

Personalmeldungen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt die Mitteilung von dem bevorstehenden Auscheiden des Unter-

Staatssekretärs von Hofenborn aus dem Dienst als jeder Begründung entbehrend. — Dem Staatssekretär des Reichsoberamtes, Herrn v. Boddeker, ist das Großkreuz des württembergischen Friedrichs-Ordens verliehen worden. Der Kommandant der Preussischen Leibgarde des Kaisers, Generalleutnant Fürst Althaus, ist in Rom gestorben.

Das Staatsministerium trat am Sonnabend Nachmittag unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

Der wirtschaftliche Ausschuss zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen wird am 17. d. Mts. zu einer Plenarsitzung zusammenzutreten, in welcher das Schema zu einem neuen Zolltarif vorgelegt und über dessen weitere Behandlung beraten, außerdem in eine Erörterung verschiedener handelspolitischer Verhältnisse eingetreten werden soll. Am Abend des 17. werden die Mitglieder des wirtschaftlichen Ausschusses einer Einladung des Staatssekretärs des Innern, des Herrn v. Woltmann, zum Dinner folgen, an welchem auch der Reichsminister für die Finanzen, Herr v. Woltmann, sowie die an den Beratungen beteiligten Bevollmächtigten zum Bundesrat und Mitglieder der Reichs- und Staatsräte teilnehmen werden.

Nachdem an die Firma Krupp in Essen das amtliche „Erlassen“ erlassen worden ist, die etwa befristete Anwendung von Kriegsmaterial an eine der beiden fürstlichen Familien einzustellen, wird jetzt von Essen aus der Versuch gemacht, diese Kriegsmaterialien als vollständig überflüssig hinzustellen. Geschloßenerungen an England seien nicht in Arbeit. Die Firma Krupp beobachtet die Angelegenheiten des Grundbaus, feinerer Mittelungen irgend welcher Art an die nichtmilitärische Industrie zu liefern. Aus diesem Grunde lehne sie dies auch diesmal ab. Auch die Belegung, daß die englische Regierung mit Krupp neuerdings wegen Lieferung von 240 Schnellfeuergepöhen verhandelt, gehöre in das Reich der Erfindungen. Das ist bei Krupp angebracht hat, sei keineswegs ausgeschlossen. Vollkommen ausgeschlossen aber sei, daß Krupp, der übrigens andere Aufträge überaunehm, darauf eingegangen wäre. — Diese Mittelungen können den Anspruch auf Wahrheit nur unter der Voraussetzung erheben, daß sie von der Firma Krupp nicht herbeigeführt sind, was aber der Fall, dann wäre die Firma von dem angeblich seit Jahrzehnten beobachteten Grundbau absoluter Verschlossenheit gegen die nichtmilitärische Industrie diesmal abgewandt, und es entsteht naturgemäß die Frage, warum sie dann nicht schon früher die gegen sie gerichteten Verdächtigungen zurückgewiesen hat. Aberdies würde die Regierung sich zu dem von uns veröffentlichten Erwidern nicht entschließen und es nicht der Öffentlichkeit übergeben haben, wenn sie nicht begründeten Anlaß zu diesem Schritt gehabt hätte. Natürlich richtet sich das Erwidern des Anklägers nicht, wenn es auch direkt nur an Krupp adressiert ist, in gleicher Weise gegen jede andere deutsche Fabrik, die etwa von Anwendung des Krieges England durch Lieferung von Waffen, Munition oder sonstiger unmittelbarer Kriegesgegenstände unterstützen wollte.

Die Abberufung der Berliner Produktendörse? Die am Freitag abgehaltene Sitzung der Vertreter der Berliner Kaufmannschaft über die Verantwortung der Schreiben des Handelsministers und des Oberpräsidenten in Angelegenheit des Berliner Getreide- und Spiritushandels war eine geistreiche. Wie jedoch verlautet, dürfte die Antwort dahin gehen, daß Zeit gegeben werden möge, um die notwendigen Entschloßungen nicht über die Knie zu bringen. Bedarfs einiger Ausprüche und einer etwaigen Einigung über die Vorbedingungen zur Rückkehr der Getreide- und Produktendörse zur Produktendörse werde am Montag eine Sitzung stattfinden, an der Delegierte des Vereins Berliner Getreide- und Spiritushandels, der Landwirtschaft und Vertreter der Regierung teilnehmen werden. Es ist jedoch nicht nachsichtlich, daß sich schon mit dieser einen Sitzung ein endgültiges Ergebnis erzielen lassen wird. Schon heute kann gesagt werden, daß die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Berliner Produktendörse sich nur dann erfüllen wird, wenn die Getreidehändler sich dem Vorschlag der Kaufmannschaft unterwerfen und darauf verzichten, irgend welche Geschäfte zu machen, die wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich Vorsehungsgegenstände im Sinne des Vorsehungsgebotes sind.

Warenhändler für Beamte. Der Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender hat an Herrn v. Boddeker, eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Vorsehungsgebot der Beamten richtet. Der Vorsehungsgebot-Verband beabsichtigt aus Anlaß der Umwandlung des Warenhandels in eine Genossenschaft mit befristeter Haltung des Bundeshauses eines Zweites seiner Beamten mit einem Nachschub von 20 v. H. vom Verkaufserlös. Der Zentralverband bittet den Staatssekretär, dem Vorsehungsgebot-Verbande eine geeignete Verkaufsform zu unterlegen.

Im Reichsamt des Innern haben kürzlich wieder Beratungen über die geplante Wänderung der ärztlichen Prüfungssordnung für das Deutsche Reich stattgefunden. Es haben hieran, wie die „Allgem. Westf. Ztg.“ hört, auch inderverständige Vertreter der Bundesstaaten teilgenommen.

Durch einen Teil der Presse geht die folgende Notiz: „Eine Ueberarbeitung der Arzneitage für Deutschland wird demnächst erfolgen. Wer von ihr eine Verbilligung erwartet, würde sich täuschen. Die neue Tage wird nur Vereinfachen und Neues aufnehmen.“

Diese Notiz ist, wie die „Berl. Vol. Nachr.“ hervorheben, völlig unverständlich. Eine deutsche Arzneitage gibt es überhaupt nicht, und ist auch von der Wichtigkeit, eine solche einzuführen, nichts bekannt. Die in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Tages werden nicht, wie es die Notiz, welche von den meisten anderen Staaten mit oder ohne Veränderungen oder Ergänzungen angenommen wird, jährlich einer Prüfung und Neubearbeitung unterzogen, die sich im Wesentlichen auf die Änderung der Preislage bezieht, wie sie durch die veränderten Einkaufspreise der Drogen und Chemikalien bedingt wird. Die erst vor kurzem einer Revision unterzogenen Arzneitage, auf denen die preussische Arzneitage beruht, erfahren sich abnehmerischer Anerkennung.

Der neuen Arzneitage scheint das Centrum vorläufig geteilt gegenüberzustellen. Während die Abgeordneten für die Arzneitage entsprechend den Wünschen ihrer Wähler Forderung der Kellnerkontrollen verlangen, haben die Abgeordneten Lieber und Gehring in einer von 22 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses beschlossenen Resolution erklärt, daß nur die Kellnerkontrollen des Arzneitages, die die Mehrheit der Wähler des Abgeordnetenhauses dagegen erklärt die Kellnerkontrollen für unannehmbar.

Einführung der Arbeiter-Nachrichtensblätter. Infolge des Mehrheitsbeschlusses der Abgeordneten gegen Tarifverordnungen bei neuen Entlohnungen sollen, wie die Regierung dem Abgeordnetenhause mitteilt, im Reich der preussischen Staatsrenten eine neue Art von Nachrichtenblätter in Form von Nachrichtenblättern bis zu 50 Kilometern ausgedehnt und die zur Zeit noch vorhandenen Karten für weitere Entlohnungen, falls nicht etwa im einzelnen Falle das Bedürfnis der Verbilligung anzuzeigen ist, nach und nach unter möglicher Erhaltung bestehender Kartenliste aufgegeben werden.

Im Kaiserlichen Gesundheitsamt fanden in diesen Tagen die abschließenden Beratungen über die Postgesetzgebung und die Abschaffung der Posten, die zu einer vollständigen Einigung führten. Die Erziehung von Abnehmermaßnahmen erscheint umförmlich geboten, als die „Eind. Reichsfor.“ aus Lissabon von durchaus zuverlässiger Seite geschrieben wird, die portugiesischen Behörden eine höchst mangelhafte Ueberwachung ausüben. So ist jetzt der Militärhafen aufgehoben worden, der ohnehin schon funktionierte. Bescheid für den in Porto herrschenden Geist ist die Tatsache, daß ein Arzt, der bei einem im Domini-Spital eingebrachten Kranken die Post feststellte, sofort vom Dienst suspendiert worden ist.

Der vom bayerischen Landtag zur Beratung des ihm vorgelegten Vorsehungsgebotes ernannte Ausschuss erklärte sich für den Vorsehungsgebot am 15. d. Mts. einstimmig im unterirdischen Vorsehungsgebot.

Am 10. d. Mts. fand mit dem fälligen Boerum-Dampfer „Guard Vohlen“ mehrere Deutsche nach den westindischen Kolonien abgereist. Zunächst Hauptmann Hamann und Graf v. Schuler als Leiter der Nordamerikaner-Expedition. Dann der Pfleger S. Schmid für die Station Walpurg in Logo.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung vom 13. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Hofenlohe. Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Anregung des Abgeordneten Hardorf (Nordh.) der Etat der Reichsrenten der Bundesrentenkommission zur Beratung überreicht. Sedun hat das Haus die zweite Lesung des Etats bei den „Allgemeinen Fonds“ des Reichsamt des Innern fort. Der Titel 9 „Zur Förderung der Binnenindustrie, 85 (40) M.“ spricht.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frei. W.) Die Verhältnisse der Binnenindustrie auf der großen und norddeutschen Seemarle. Die Größe der deutschen Binnenindustrie ist nicht so groß, wie der Reichsrenten. Wichtig ist daran die Organisation des Vereins Schuld. Die Gründung der Binnenindustrie ist aber so wichtig, daß er die Gründung einer biologischen Station anzuregen möchte. Er hätte auch ein Ansuchen, in welcher Weise der Betrag von 85 000 M. verwendet würde.

Staatssekretär Graf v. Hofenlohe: Die Binnenindustrieverhältnisse sind nicht durch das ganze Reich so einheitlich wie die der Seehändler; a. U. liegen in den ostpreussischen Seen die Züge anders als in den oberpreussischen Seen. Die Binnenindustrie kann nur die lokalen Verhältnisse prüfen und unterstützen. Sie bewegt sich im Bereich der Binnenindustrie nicht auf wissenschaftlichem Gebiet; sie wird aber in Zukunft mehr praktisch der Natur sein müssen. Ich habe deshalb einen hervorragenden Fachmann angefragt, in einer Reihe von Schriften die natürlichen Verhältnisse, die Pflege der Fische u. s. w. zu behandeln; es handelt sich um die Gründung eines biologischen Instituts. Da die beiden wissenschaftlichen Institute die biologische Station und die Unternehmungsstelle in München, die Hauptangemerkte auf die wissenschaftliche Seite der Sache legen, muß der Binnenindustrieverein mehr die praktische Seite beachten, und ich bin überzeugt, daß er dann zu hervorragender auf seinem Gebiete leisten wird, was ich mit dieser Anregung nicht zurückstellen — der Hochschullehrerverein auf dem letzten. (Beifall.)

Abg. Wiskert (fr. W.) erklärt, die Besenden Willens gegen den Binnenindustrieverein nicht ganz zutreffend finden zu können. Einiges Gradations habe dieser Verein durchaus fruchtbringend gewirkt. Der Staatssekretär habe auch darin vollkommen Recht, daß der Verein hauptsächlich auf die Lokalorganisationen zu wirken habe. Der Werkvereinsverein Berlin a. U. ist von dem Deutschen Verein in erfreulicher Weise unterstützt worden.

Abg. Vermees (fr. W.) verbreitet sich über einige Ursachen der mangelnden Erfolg der Bestrebungen zur Hebung der Binnenindustrie.

Abg. Müller-Sagan (fr. W.) bemerkt dem Abg. Wiskert, die Organisation des Hochschullehrer-Vereins ist jedenfalls nicht ohne Mängel. Nach kurzer Erwiderung des Abg. Wiskert wird der Titel genehmigt. Bei dem Titel Herausgabe des Handelsarchivs spricht.

Abg. Banse der instruktiven Art, wie diese Herausgabe erfolge, seine Anerkennung aus.

